FES-Fachtagung zur „Geschichte und politischen Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion“

„Es gibt kein Recht auf Faulheit in unserer Gesellschaft“ Die Veränderung des sozialpolitischen Leitbilds und die SPD-Bundestagsfraktion seit der deutschen Wiedervereinigung

(Nikolas Dörr)

Am 6. April 2001 veröffentlichte die BILD-Zeitung ein Interview mit Bundeskanzler Gerhard Schröder, in dem er die prägnanten und für einen Sozialdemokraten eher ungewöhnlichen Sätze sagte: „Wer arbeiten kann, aber nicht will, der kann nicht mit Solidarität rechnen. Es gibt kein Recht auf Faulheit in unserer Gesellschaft. Das bedeutet konkret: Wer arbeitsfähig ist, aber einen zumutbaren Job ablehnt, dem kann die Unterstützung gekürzt werden. Das ist richtig so.“[1] Umgehend hagelte es Kritik von Seiten des DGB und der Einzelgewerkschaften, der PDS und weiterer linker Stimmen im Land, während der politische Kontrahent und Wirtschaftsverbände Schröders Arbeitslosenkritik begrüßten. Die überspitzte Aussage des Bundeskanzlers kann als Auftakt einer sozialpolitischen Offensive betrachtet werden, in der die rot-grüne Regierung zusammen mit den Koalitionsfraktionen zahlreiche Reformvorhaben umsetzte – ein Großteil davon als Teil der Agenda 2010 und der „Hartz-Gesetze“. Gleichzeitig steht die Aussage des SPD-Parteivorsitzenden für einen grundlegenden Wandel des sozialpolitischen Leitbilds der deutschen (und großer Teile der internationalen) Sozialdemokratie, das unter dem Begriff „aktivierender Sozialstaat“ Eingang in die Debatte gefunden hat.

Während sich die Politik- und Wirtschaftswissenschaften bereits ausgiebig mit dem „aktivierenden Sozialstaat“ auseinandergesetzt haben, beginnt die Zeitgeschichtsforschung erst diesen Umbruch zu analysieren.[2] Entsprechend lag der Schwerpunkt bislang auf einer, häufig quantitativen, Analyse des ökonomischen und politischen Outcomes der Maßnahmen, wobei die Einschätzungen äußerst uneinheitlich ausfallen.[3] Dieser Beitrag legt den Schwerpunkt auf die Ursachen des Wandels und die Art der innerparteilichen Implementierung des sozialpolitischen Leitbilds der Sozialdemokratie unter besonderer Berücksichtigung der SPD-Bundestagfraktion. Zur Analyse des Wandels des sozialpolitischen Leitbilds werden in dem Beitrag mehrere Erklärungsansätze verfolgt. Generell ist eine derart umfassende Veränderung nicht monokausal zu erklären. Allerdings lassen sich Ursachen nach ihrem Einflussgrad gewichten. Abseits der sozioökonomischen Situation werden in

[1] Bild, 6.4.2001, S. 1.
[2] Vgl. u.a. *Edgar Wolfrum*, Rot-Grün an der Macht. Deutschland 1998-2005. 1. Aufl. München 2013; *Sebastian Nawrat*, Agenda 2010 - ein Überraschungscoup? Kontinuität und Wandel in den wirtschafts- und sozialpolitischen Programmdebatten der SPD seit 1982. (Politik- und Gesellschaftsgeschichte, Bd. 91). Bonn 2012; *Ursula Bitzegeio*, Hartz IV als Problemgeschichte der Gegenwart, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 69, 2019, 40–46.
[3] Siehe stellvertretend *Henry Goecke/Jochen Pimpertz/Holger Schäfer/Christoph Schröder*, Zehn Jahre Agenda 2010. Eine empirische Bestandsaufnahme ihrer Wirkungen. (IW policy papers, 7/2013). Köln 2013; *Christoph Butterwegge*, Hartz IV und die Folgen. Auf dem Weg in eine andere Republik? Weinheim 2015.

diesem Beitrag insbesondere langfristige Entwicklungen und vor allem der internationale sozialpolitische Ideen- und Politiktransfer als wichtige Ursachen identifiziert.

Sozialpolitik ist das mit Abstand größte Politikfeld. Inhaltlich deckt es zahlreiche Bereiche ab, so beispielsweise die Arbeitsmarktpolitik, die Sozialversicherungen, vor allem Rente und Pensionen, Arbeitsschutz, Jugendfürsorge, Armutsbekämpfung und den sozialen Wohnungsbau. Finanziell stellt die Sozialpolitik den größten Posten des Bundeshaushalts. Im aktuellen, vom Bundestag beschlossenen Haushaltsplan, macht der Etat des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales knapp 34 Prozent der Gesamtausgaben (mehr als 170 Milliarden Euro) aus.[4] Einen entsprechend hohen Stellenwert hat das Thema bei allen Fraktionen. Für die SPD-Bundestagsfraktion ist Sozialpolitik noch bedeutender. Denn Sozialpolitik ist seit der Parteigründung ein Markenkern der Sozialdemokratie. Das zeigt sich bereits in der Semantik des „Sozialen" im Parteinamen, aber auch in den Grundwerten der Partei und natürlich in ihrer Geschichte und Programmatik. Von der Öffentlichkeit werden der SPD in Umfragen traditionell die höchsten Kompetenzen in den Bereichen „soziale Gerechtigkeit" und zumeist auch in der „Sozialpolitik" attestiert. Ernst Schellenberg hat dies als wichtigster Sozialpolitiker der SPD-Bundestagsfraktion der ersten zwei Nachkriegsjahrzehnte mit dem Satz „Vertrauen in die sozialen Sicherungssysteme ist Vertrauen in die SPD"[5] prägnant zusammengefasst.

Die Standard-Periodisierung für die Entwicklung des Sozialstaats[6] identifiziert für westliche Industriegesellschaften nach dem Zweiten Weltkrieg drei große Phasen: Die Nachkriegszeit mit dem Fokus auf dem Wiederaufbau des Sozialstaats und der Linderung der sozialen Kriegsfolgen, die anschließende „Goldene Ära" des Wohlfahrtsstaats, in der es, aufgrund hoher ökonomischer Wachstumsraten, finanziellen Überschüssen des Staates, Vollbeschäftigung etc., zu einem Ausbau des Sozialstaats kam und schließlich eine Phase des Retrenchments infolge der beiden Ölkrisen, die bis heute andauert.[7] Sozialdemokratische Sozialpolitik in der Regierung fand demnach in der sozial-liberalen Koalition in der Endphase des expansiven Sozialstaats und dem beginnenden Welfare Retrenchment statt, während die rot-grüne Regierung lediglich in letzterer Phase agieren konnte.

[4] Zählt man die wohlfahrtsstaatlichen Ausgaben des Gesundheits-, Familien- und Bauministeriums hinzu, sind es sogar mehr als die Hälfte der Bundesausgaben: https://www.bundeshaushalt.de/#/2020/soll/ausgaben/einzelplan.html
[5] *Antonia Gohr*, Eine Sozialstaatspartei in der Opposition. Die Sozialpolitik der SPD in den 80er Jahren, in: Manfred G. Schmidt (Hrsg.), Wohlfahrtsstaatliche Politik. Institutionen, politischer Prozess und Leistungsprofil. Opladen 2001, 262–293.
[6] Vgl. *Hartmut Kaelble*, Geschichte des Wohlfahrtsstaates in Europa seit 1945, in: Sozialer Fortschritt 61, 2012, 79–85.
[7] Vgl. *Paul Pierson*, Dismantling the welfare state? Reagan, Thatcher, and the politics of retrenchment. (Cambridge studies in comparative politics). Cambridge 1994.

Vor dem Hintergrund der „permanenten Austerität“[8], die in kurzzeitigen Boom-Phasen nur geringen fiskalischen Spielraum für einen Ausbau des Sozialstaats lässt, erkennen Sozialpolitikforscher wie Paul Pierson einen Wandel des Stellenwerts von Sozialpolitik. Während in Phasen der Wohlfahrtsstaatsexpansion Parteien mit dem Ziel eines Ausbaus des Sozialstaats Wähler*innen an sich binden („Credit Claiming“), ist in den Phasen des Retrenchments „blame avoidance“ die zentrale Strategie, um nicht für Kürzungen verantwortlich gemacht zu werden.[9] Das führt zu einem geringeren Wettbewerb in der Sozialpolitik. Vor allem linke Parteien können sich mit ihrem Kernthema nicht mehr genügend positionieren und suchen daher nach Alternativen zu einer expansiven Wohlfahrtsstaatspolitik wie dem „aktivierenden Sozialstaat“ oder gänzlich anderen Schwerpunktthemen (z. B. Umweltpolitik). In diese Richtung argumentierte auch der ehemalige sozialdemokratische Arbeits- und Sozialminister von Nordrhein-Westfalen und Ex-Bundesvorstandsmitglied Friedhelm Farthmann, als er im Jahr 2000 erklärte, dass die SPD durch die Einschränkung finanzieller Spielräume und der Erhöhung des internationalen Konkurrenzdrucks infolge der Globalisierung auf dem Gebiet der Sozialpolitik nichts mehr gewinnen könne und daher den Schwerpunkt auf andere Politikfelder legen müsse.[10]

Wie Jens Alber nachgewiesen hat, wurden Sparmaßnahmen in der Sozialpolitik seit Ende der 1970er-Jahre tatsächlich von einem immer größer werdenden Teil der Bevölkerung akzeptiert und teilweise auch gefordert.[11] Die Popularität des Etatismus der 1960er- und frühen 1970er-Jahre ging in der Sozialpolitik zunehmend verloren und ein (neo)liberales Paradigma setzte sich durch. CDU/CSU, Arbeitgeberverbände und vor allem die FDP propagierten zunehmend eine stärkere Privatisierung sozialer Risiken, die Grünen wiederum wollten weniger staatliche Bevormundung und setzten sozialpolitisch auf kommunitaristisch orientierte Selbsthilfe.

Das bisherige sozialdemokratische Leitbild eines fürsorgenden Wohlfahrtsstaates, der kontinuierlich ausgeweitet werden soll, wurde durch die sich verschlechternde sozioökonomische Situation im Zuge der beiden Ölkrisen und massiv durch die Folgen der Deutschen Einheit verschärft, infrage gestellt.[12] Zusätzlich geriet die SPD seit Mitte der 1970er-Jahren unter einen doppelten politischen Druck in der Sozialpolitik. Mit der „Neuen Sozialen Frage“ stellte sich die CDU sozialpolitisch neu auf und wies auf Schwächen sozialdemokratischer Sozialpolitik hin. Gleichzeitig

[8] *Paul Pierson*, Coping with Permanent Austerity. Welfare State Restructuring in Affluent Democracies, in: Revue Française de Sociologie 43, 2002, 369–406.
[9] *Reimut Zohlnhöfer*, Parteien, in: Herbert Obinger/Manfred G. Schmidt (Hrsg.), Handbuch Sozialpolitik. Wiesbaden 2019, 139–158.
[10] *Antonia Gohr*, Was tun, wenn man die Regierungsmacht verloren hat? Die SPD-Sozialpolitik in den 80er Jahren. (ZeS-Arbeitspapier, Bd. 05/2000). Bremen 2000, 32, Anm. 138.
[11] *Jens Alber*, Der Wohlfahrtsstaat in der Wirtschaftskrise. Eine Bilanz der Sozialpolitik in der Bundesrepublik Deutschland seit den frühen siebziger Jahren, in: Politische Vierteljahresschrift 27, 1986, 28–60.
[12] U.a. Anstieg der Arbeitslosenzahlen, verstärkter internationaler Wettbewerbsdruck, geringeres Wirtschaftswachstum, erhöhte Staatsverschuldung, Rückgang der Steuereinnahmen, verstärkte Migration, alternde Gesellschaft/demografischer Wandel.

entstand mit den Grünen eine zusätzliche Herausforderung, die auch sozialpolitisch neue Akzente setzte. Auf diese Herausforderungen konnte die Sozialdemokratie lange Zeit keine adäquate Antwort finden. Während der langen Oppositionsphase ab 1982 verfolgte die SPD-Bundestagsfraktion drei grundlegende Ziele in der Sozialpolitik: Kürzungen von Sozialleistungen durch die schwarz-gelbe Regierung wurden kritisiert, die Bereitschaft zur Zusammenarbeit bei wohlfahrtsstaatlichen Großprojekten wie der Deutschen Einheit, der Rentenreform 1992 und der Pflegeversicherung sollte demonstriert und schließlich eine neue sozialpolitische Programmatik entwickelt werden.[13] Letzterer Punkt gelang jedoch erst im Hinblick auf den Wahlsieg 1998 mit dem „aktivierenden Sozialstaat". Mehrheitlich dominierte bis in die frühen 1990er-Jahre hinein die Hoffnung auf eine baldige Rückkehr zur Vollbeschäftigung und damit auch die Rückkehr zu einem expansiven Wohlfahrtsstaat. Dies gilt in besonderem Maße für die sozialpolitischen Experten der Partei, die AfA und den linken Flügel insgesamt. Auch innerhalb der Bundestagsfraktion dominierte dieses Leitbild. Zwar gab es in der SPD-Fraktion erste Stimmen, die in der Sozial- und Wirtschaftspolitik „zu einem kräftigen Schluck Schumpeter und zu etwas weniger Keynes"[14] rieten, aber diese waren noch Minderheitenmeinungen.

Ein zentraler Grund für die hohe Kontinuität in der Programmatik ist die Personalauswahl im Bereich der sozial- und arbeitsmarktpolitischen Experten innerhalb von Fraktion und Partei. Die Position des sozialpolitischen Sprechers bzw. der Sprecherin der SPD-Fraktion werden traditionell mit einem gewerkschaftsnahen Sozialdemokraten besetzt. Im Hinblick auf die lange Oppositionsphase und die rot-grüne Regierungszeit waren im Bereich der Sozialpolitik mit Rudolf Dreßler und Ottmar Schreiner zwei Sozialdemokraten zentral, die dem oben genannten Muster hochgradig entsprachen. Ähnliches lässt sich für die Besetzung des Amts des Bundesministers für Arbeit und Soziales und die entsprechenden Staatssekretäre konstatieren. Einen Bruch mit dieser Tradition stellte die zweite Regierung Schröder dar. Die Auswahl der Fachexperten durch Arbeitnehmer-/Gewerkschaftsnähe begünstigt die Kontinuität, verhindert jedoch auch innovative Ansätze von außen. Neue sozialpolitische Konzepte wie der „aktivierende Sozialstaat" entstammten daher nicht dem klassischen sozialpolitischen Expertenkreis, sondern kamen von außen bzw. von Fachpolitikern anderer Politikfelder, was zu massiven Differenzen (u.a. Dreßler-Hombach-Kontroverse) führte.

[13] *Gohr,* Was tun, wenn man die Regierungsmacht verloren hat? Die SPD-Sozialpolitik in den 80er Jahren (wie Anm. 10), 7.

[14] *Heinz Rapp*, Neue wirtschaftliche Fragen seit Godesberg und mögliche Antworten, in: PDS — Perspektiven des Demokratischen Sozialismus, 1984, 37–48.

Die deutsche Sozialdemokratie litt seit den späten 1970er-Jahren an einer Konzeptionslosigkeit in der Sozialpolitik.[15] Die Frage, wie innovative Sozialpolitik in einer Phase der „permanenten Austerität" aussehen könnte, wurde nicht beantwortet. Anders stellte sich die Situation in den USA, Neuseeland, Australien, den Niederlanden, seit den frühen 1990er-Jahren auch in Dänemark und Großbritannien dar, wo die Mitte-Links-Parteien neue sozialpolitische Konzepte entwickelt und anschließend mit Erfolg als Regierungspartei umsetzten.

Insbesondere die britische Labour Party und die Democratic Party in den USA entwickelten eine internationale Vorbildwirkung. Innerhalb der von Clinton und Blair vertretenen Ideologie des „Third Way" spielte die Abkehr von traditioneller sozialdemokratischer Sozialpolitik eine zentrale Rolle.[16] Die Konzepte – Social Investment State in Großbritannien, Workfare in den USA, „aktivierender Sozialstaat" in Deutschland – weisen in ihrer theoretischen Begründung eine hohe Ähnlichkeit auf. Die weitgehende Bedingungslosigkeit von Sozialleistungen und die passive Rolle der Leistungsbezieher sollten durch ein Gegenseitigkeitsprinzip ersetzt werden, das von den Beziehern eigenständige Maßnahmen zur Verbesserung der Situation verlangte. Clinton hatte bereits 1987, noch als Gouverneur von Arkansas, im US-Kongress die Vorstellungen der New Democrats für einen neuen Sozialstaat präsentiert: „We believe that every welfare recipient should sign a contract with the state, making a personal commitment in return for benefits to pursue an individually developed path to independence."[17]

Schröder zeigte sich frühzeitig interessiert an Clintons und Blairs Neuausrichtung, weil sie nach langen Jahren der Opposition massive Wahlsiege und darüber hinaus einen Wirtschaftsaufschwung mit signifikantem Abbau der Arbeitslosigkeit mit sich gebracht hatten. Aufsehen erregte im Juni 1999 das Schröder-Blair-Papier. Das im Vorfeld der Wahlen zum Europäischen Parlament veröffentlichte Papier beinhaltete einen Bruch mit traditionellen Vorstellungen über sozialdemokratische Sozial- und Wirtschaftspolitik. Eine Gerechtigkeit der Chancen sollte mittelfristig die bisherige (Um)Verteilungsgerechtigkeit ersetzen. Mit staatlicher Unterstützung sollten Menschen zur Selbsthilfe fähig werden, um sich auch der sozialen Notsituation befreien zu können: „Der Staat muß die Beschäftigung aktiv fördern und nicht nur passiver Versorger der Opfer wirtschaftlichen Versagens sein. […] Wir müssen […] Leistungsempfänger, darunter auch Menschen im arbeitsfähigen Alter, die Erwerbsunfähigkeitsleistungen beziehen, auf ihre Fähigkeit überprüfen, ihren Lebensunterhalt zu verdienen, und die staatlichen Stellen so reformieren, daß sie

[15] Einer der wenigen innovativen Ansätze, der maßgeblich von der SPD-Bundestagsfraktion ausging, war die Verknüpfung von Ökologie und Arbeit mit dem 1984 im Bundestag vorgebrachten Vorschlag eines Sondervermögens „Arbeit und Umwelt".

[16] Die programmatische Neuausrichtung im Zuge des Dritten Wegs umfasste auch andere Politikfelder, so vor allem die Wirtschafts- und Finanzpolitik, Migration, Umwelt, Bildung und Forschung sowie Innere Sicherheit.

[17] Bill Clinton zitiert in *Desmond King/Mark Wickham-Jones*, Bridging the Atlantic. The Democratic (Party) Origins of Welfare to Work, in: Martin Powell (Hrsg.), New Labour, New Welfare State? The "Third Way" in British Social Policy. Bristol 1999, 257–280.

Arbeitsfähige dabei unterstützen, eine geeignete Beschäftigung zu finden. […] Alle sozialpolitischen Instrumente müssen Lebenschancen verbessern, Selbsthilfe anregen, Eigenverantwortung fördern."[18]

Allerdings zeigen sich bei näherer Betrachtung markante Unterschiede zur anglo-amerikanischen Sozialstaatsreform. Sowohl Clinton als auch Blair konnten sich auf innerparteiliche Reformbewegungen stützen, die seit Mitte bzw. Ende der 1980er-Jahre eine entsprechende Lobbyarbeit betrieben, Organisationsstrukturen und Netzwerke aufbauten.[19] Clinton und Blair setzten sich als Protagonisten lange vor dem Regierungsantritt für eine neue Politik ein und überzeugten schließlich die Mehrheit ihrer Parteien und in Teilen auch die ihnen nahestehenden Gewerkschaften von der Notwendigkeit einer Wende oder entmachteten diese. In der SPD hatte es keine vergleichbare Modernisierung gegeben. Entsprechende Initiativen von Peter Glotz und anderen setzten sich in den 1980er- und frühen 1990er-Jahren nicht durch. Symbolisiert wurde das durch das uneinheitliche Führungsduo Lafontaine und Schröder im Bundestagswahlkampf 1998, das zwar erfolgreich zwei unterschiedliche Wählergruppen ansprach, aber keine kohärente Sozialpolitik gestalten konnte.

Innerparteilich wurde der Leitbildwandel vor dem Regierungsantritt nicht durchgesetzt und die weitgehenden Ziele der Sozialstaatsreform nicht genügend kommuniziert. Zwar existierten entsprechende Pläne bereits in den Wahlprogrammen, Koalitionsverträgen und Gesetzesinitiativen. Eine breite öffentliche Wahrnehmung zog dies jedoch nicht nach sich. Die Sozialstaatsreformen waren bis zur Verkündung der Agenda 2010 durch den Parteivorsitzenden Schröder am 14. März 2003 im Bundestag ein Expertenthema für Sozial- und Arbeitsrechtsexperten, Verwaltungs-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler gewesen, weil sie ein hohes Vorwissen der komplizierten Strukturen und politischen Instrumente voraussetzten. Die spätere öffentlichkeitswirksame Reduktion auf HartzIV setzte erst mit der Verkündung im März 2003 ein. Gegenüber der breiten Öffentlichkeit, aber auch im Hinblick auf die weitgehend unbeteiligten Teile der Bundestagsfraktion und die Parteimitgliedschaft war die Agenda 2010 daher tatsächlich eher ein „Überfall"[20] als eine konsistente Weiterentwicklung einer seit den 1980er-Jahren eingeleiteten Neuorientierung in der Sozialpolitik wie im britischen oder US-amerikanischen Fall. Dies gilt insbesondere, wenn man die abrupte sozialpolitische Wende mit der

[18] *Gerhard Schröder/Tony Blair*, Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten 1999.
[19] *Al From*, The New Democrats and the Return to Power. New York 2014; *Stephen Driver/Luke Martell*, New Labour. 2. Aufl. Cambridge 2006.
[20] *Simon Hegelich/David Knollmann/Johanna Kuhlmann*, Agenda 2010. Strategien - Entscheidungen - Konsequenzen. 1. Aufl. Wiesbaden 2011, 136.

wohlfahrtsstaatlichen Politik der ersten Jahre von Rot-Grün vergleicht, die von „decidedly ‚old'[21] social democratic tendencies"[22] geprägt war.[23]
Der Wandel des sozialpolitischen Leitbilds fand weitgehend außerhalb der sozialpolitischen Experten von Partei und Fraktion statt, die den Prozess eher blockierten als förderten. Gleichzeitig konnte die SPD-Linke kein überzeugendes Gegenkonzept präsentieren und hielt an einer Art „Sozialstaatskonservatismus"[24] fest. Das von einer kleinen Minderheit der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion[25] mit initiierte und letztlich gescheiterte Mitgliederbegehren gegen die Agenda offenbarte das Festhalten an der etablierten Sozialpolitik, indem es für eine Orientierung am klassischen Keynesianismus warb. Eine verstärkte Kaufkraft sollte die Binnennachfrage erhöhen und dadurch Arbeitsplätze generieren. Die Kaufkraftfähigkeit sollte durch Lohnerhöhungen und Steuerreduzierungen für untere Einkommensgruppen erreicht werden. Die Kritiker in den Reihen der Bundestagsfraktion stimmten schließlich auch den Gesetzen zu Hartz III und IV zu.

Die zähneknirschende Zustimmung der moderaten Linken innerhalb der SPD zur Agenda-Politik kann mit dem Fehlen einer glaubwürdigen Alternative erklärt werden. Innovation kam im Bereich der Sozialpolitik, nimmt man die ökologisch orientierte Phase der späten 1980er-Jahre aus, primär vom wirtschaftsnahen Flügel der Partei. Eine zentrale Rolle spielte dabei der sozialpolitische Programmtransfer aus dem Ausland. Blair und Brown in Großbritannien, Clinton und Gore in den USA, Hawke in Australien, Douglas und Lange in Neuseeland wirkten mit ihren Dritte Wegs-Ansätzen und den damit verbundenen arbeitsmarktpolitischen und Wahlerfolgen als Orientierungspunkte. Im Unterschied zur deutschen Sozialdemokratie wurde die innerparteiliche Auseinandersetzung über den Wandel des sozialpolitischen Leitbilds allerdings langfristig vor der

[21] Der Autor nimmt damit Bezug auf Anthony Giddens, der den „Third Way" bzw. New Labour von der „Old-style social democracy" abgrenzte: „Old-style social democracy, however, was inclined to treat rights as unconditional claims. With expanding individualism should come an extension of individual obligations. Unemployment benefits, for example, should carry the obligation to look actively for work, and it is up to governments to ensure that welfare systems do not discourage active search." *Anthony. Giddens*, The Third Way. The Renewal of Social Democracy. Cambridge 1998, 65.
[22] *Luke Martell*, Introduction, in: Sarah Hale/Will Leggett/Luke Martell (Hrsg.), The Third Way and Beyond. Criticisms, Futures and Alternatives. Manchester, New York 2004, 3–8.
[23] Zu nennen sind vor allem das „Korrekturgesetz" im Dezember 1998, das einen Großteil der im von schwarz-gelb 1996 verabschiedeten „Arbeitsrechtlichen Beschäftigungsförderungsgesetz" festgelegten Deregulierungen des Arbeitsmarktes (u.a. Absenkung in der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall, die Erhöhung des Kündigungsschutzes auf Betriebe mit mindestens zehn Arbeitnehmern) wieder abschaffte und die Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes (2001).
[24] *Bernd Faulenbach*, Geschichte der SPD. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. (Beck'sche Reihe, Bd. 2753). 1. Aufl. München 2012, 129.
[25] Innerhalb der Bundestagsfraktion zählten Klaus Barthel, Sigrid Skarpelis-Sperk, Ottmar Schreiner, Rüdiger Veit, Horst Kubatschka, Horst Schmidbauer, Fritz Schösser, Götz-Peter Lohmann, Christine Lucyga, Waltraud Wolff, René Röspel und Florian Pronold zu den Initiatoren. Unterstützt wurden sie von einigen namhaften Gewerkschaftern wie dem Bundesvorsitzenden der IG Bauen-Agrar-Umwelt Klaus Wiesehügel, SPD-Landespolitikern wie der hessischen Landesvorsitzenden Andrea Ypsilanti und Wissenschaftlern wie Helga Grebing und Johano Strasser.

Regierungsübernahme und der Implementierung entsprechender Maßnahmen geführt und eine entsprechende Reformabsicht vor den Wahlen offensiv nach außen kommuniziert.[26]

[26] Stellvertretend steht Bill Clinton, der in seiner Präsidentschaftskampagne versprach „to end welfare as we know it". Sozialpolitik sollte wieder „a second chance, not a way of life" werden. *George Klosko*, The Transformation of American Liberalism. New York 2017, 170.